

aber nicht gerieben und beseitigt. Deshalb ist es auch eine produktionspolitische Aufgabe der Gewerkschaften, durch ihre in bäuerlichen und handwerklichen Betrieben beschäftigten Mitglieder für die Umwandlung der privatwirtschaftlichen Verfassung dieser Genossenschaften in gemeinwirtschaftliche Verfassung mit einzutreten. Das ist allerdings eine Aufgabe, die für Gewerkschaften ganz neu auftritt, aber zweifellos mit in den Gesamtmaßnahmen produktionspolitischer Betätigung gehört.

Den Gewerkschaften kann es auch auf die Dauer nicht gleichgültig sein, ob ein sehr großer Teil — in manchen Gewerkschaften die Mehrzahl — der Mitglieder in ganz unzulänglichen Betrieben und bei einer ganz unzulänglichen Produktionsmethode beschäftigt ist. Damit verbunden sind meist ebenso unzulängliche Lohn-, Arbeitszeit- und hygienische Verhältnisse, wie es in den Kleinbetrieben durchweg der Fall ist. Diese Mängel können gewiß durch gewerkschaftlichen Druck eingeschränkt, aber dem Grunde nach nicht beseitigt werden. Dazu sind produktionspolitische und auch wirtschaftstechnische Verbesserungen dieser Betriebe notwendig, die sich der einzelne nicht leisten kann. Das ist nur durch genossenschaftlich-gemeinwirtschaftliche Verbindung dieser Betriebe zu erreichen. Die Arbeiter dieser Betriebe haben an einer solchen Entwicklung ein lebhaftes Interesse. Die Ueberführung der jetzigen privatwirtschaftlichen Bauern- und Handwerker-genossenschaften in gemeinwirtschaftliche Genossenschaften ist aber eine gesellschaftspolitische Maßnahme und kann auch nur als solche vom Massenstandpunkte aus mit Massenkampfmitteln von der Arbeiterkraft gelöst werden. Xroßm ist es sehr notwendig, daß über die Stellung der Arbeiterkraft in bäuerlichen und handwerklichen Betrieben auch vom produktionspolitischen Standpunkte aus diskutiert wird. Die Hilfe der Gewerkschaften auf diesem Gebiete kann aber nur gewerkschaftspolitischer — nie praktisch-produktionspolitischer — Natur sein.

In welcher Weise können sich aber die Arbeiter selbst der Genossenschaftsform bedienen zur Verbesserung ihrer sozialen Lage? Es gab in der Arbeiterbewegung eine Zeit, in der von produktionsgenossenschaftlicher Betätigung alles geist erwartet wurde. Diese Erwartungen haben sich auch nicht dem Scheitern nach erfüllt. Unter harten und furchtbaren Entäußerungen ist diese produktionsgenossenschaftliche Periode der Arbeiterbewegung tatsächlich aufkommensgebrochen. Was jetzt noch von Arbeiterproduktionsgenossenschaften vorhanden ist, sind ihrem Charakter nach nur privatwirtschaftliche Vereinigungen ohne jeden gesellschaftspolitischen oder gar gemeinwirtschaftlichen Wert.

Die Genossenschaften alleamt sind heute Erscheinungen mehr gefühlsmäßiger als methodologisch-erkenntnis-mäßiger Art. Deshalb auch die ersprechenden Unklarheiten und das organisierte Gewirr in der Genossenschaftsbewegung. Deshalb aber auch die vielen Entartungen und die starken Rückschläge dieser Bewegung. Nur die familialen Genossenschaften können im methodologisch-erkenntnis-mäßigen Sinne als Genossenschaften angesehen werden. Und das sind die Konsumgenossenschaften (Zusammenfassung der Verbrauchsfamilien Arbeiterfamilien, Handwerker- und die landwirtschaftlichen Genossenschaften (Zusammenfassung der Produktions-, Bauern- und Handwerkerfamilienbetriebe).

Alle andern genossenschaftlichen Beside sind Entartungen, haben keinen gemeinwirtschaftlich-gesellschaftlichen Entwicklungsinhalt, sind nur eine mißbräuchliche Anwendung der juristischen Genossenschaftsform auf privatwirtschaftlichen Zweck — dieses sicher harte Urteil trifft aber auch mit aller Schärfe die sogenannten Arbeiterproduktionsgenossenschaften, ganz gleich welcher Art. (Der Verband sozialer Baubetriebe ist bestrbt, die ihm angeschlossenen Genossenschaften restlos in die Form der

G. m. b. H. überzuführen. Bei der Mehrzahl der sozialen Baubetriebe ist das bereits geschehen. (Die Neb.)

Die Arbeiter-Beteiligten einer Arbeiterproduktionsgenossenschaft sind stets durch ihre produktionsgenossenschaftliche Tätigkeit in inneren Widerspruch mit ihren wirtschaftlichen Interessen und mit ihren politischen Gesellschaftszielen geraten. Sie wollten durch ihre produktionsgenossenschaftliche Tätigkeit die Entwicklung zur öffentlichen Gemeinwirtschaft fördern und machten sich selbst zu Privatbesitzern an den Produktionsmitteln, waren gezwungen, gegen die Interessen ihrer eigenen Klassen-genossen selbst zu handeln; sie wurden Unternehmer, die Genossenschaft wurde Privatbesitz. Diese Entwicklung war nicht etwa ein Produkt menschlicher Schwächen, sondern war eine zwangsläufige Umwelt. Privateigentum an den Produktionsmitteln bedingt privatwirtschaftliche Methoden bei seiner Handhabung. Der von den Produktionsmitteln losgelöste Einzelarbeiter kann nicht mit genossenschaftlichen Methoden- und Mitteln die Produktionsmittel ver-gesellschaftlichen. Die Arbeiter können diesen Prozeß nur korporativ in Angriff nehmen, das heißt durch Organisationen, die in sich schon Gesellschaftscharakter haben, in denen das Einzelinteresse sachlich und persönlich zum Gesellschaftsinteresse überführt ist.

Die Aufgabe der Genossenschaft kann nie sein, einem Kreis von Personen die Möglichkeit zu verschaffen, sich korporativ Produktionsmittel zu erwerben, um damit ihre Existenzmittel oder gar noch eine Rente zu erwirtschaften. Das ist nur korporative Privatwirtschaft mit allen Mühen und Änden des kapitalistischen Profit- und Bestrebens, wie in der Aktiengesellschaft, die sich für solche Zwecke noch viel besser eignet, vorausgesetzt, daß die Kleinaktie (wie in England die Pfund-Aktie) zugelassen würde. Die Genossenschaften müssen die familialen Wirtschaftsbetriebe der „Genossen“ zusammenfassen und sich darauf beschränken, nur für die ihnen angeschlossenen Wirtschaftsfamilien zu arbeiten, nur deren Bedarf zu beschaffen, nur für deren Wirtschaft sich und ihre Einrichtungen zur Verfügung zu stellen; aber sie müssen auch ihre Zore aufhalten für alle, die in ihrer Wirkungs-sphäre wohnen, ihrer Massenlage nach zu ihnen gehören und sich an ihnen beteiligen wollen.

Diese Darlegungen zwingen zu dem Schlusse, daß für die genossenschaftliche Betätigung der Arbeiterkraft nur die Form der Konsumgenossenschaften vom konjunktionspolitischen Standpunkte aus in Frage kommen kann.

Damit wäre das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Genossenschaften, soweit die direkten produktionspolitischen Interessen ihrer Mitglieder in Betracht kommen, unerschütterlich dahin zusammenzufassen, daß für die Gewerkschaften kein positives Interesse für Produktionsgenossenschaften im allgemeinen besteht, im besonderen aber die Förderung von Arbeiterproduktionsgenossenschaften in jedem Falle abzulehnen ist.

Ein anderes Verhältnis der Gewerkschaften besteht zu den Konsumgenossenschaften. Die Konsumgenossenschaften sind ausgeprochene Arbeitergenossenschaften, aber vom Konsumtionspolitischen Standpunkte aus. In den Fällen der Gründung von Konsumgenossenschaften durch Bauern und Handwerker hat sich durchweg die gleiche Entwicklung vollzogen, daß schon bei einfacher, aber doch schon umfassender Betätigung der Konsumgenossenschaft, noch mehr aber bei der weiteren Entwicklung der Konsumgenossenschaft zur Produktion, diese Schichten durch ihre Beteiligung an der Konsumgenossenschaft gegen ihre Schichten-(Klassen-)interessen handelten. Sie gerieten dadurch in Gegensatz- und auch Handlungskonflikte mit ihren eigenen ökonomischen Interessen; letztere waren die überwiegenden, das

Konsumgenossenschaftliche erstiende — die Konsumgenossenschaft geriet in Verfall.

Keine Gesellschafts-kasse kann auf die Dauer und mit Gesellschaftswirkung sich gegen ihre eigenen Klasseninteressen ökonomisch betätigen. Die Konsumgenossenschaften sind geschichtlich und wirtschaftlich Parallelorganismen der Gewerkschaften. Beide konnten erst mit der Bildung eines modernen Industrieproletariats entstehen. Die Konsumgenossenschaften sind die ersten Entwicklungsstadien und die entwicklungs-möglichkeiten für die gemeinwirtschaftliche Wirtschaftform überhaupt, besonders aber für die gemeinwirtschaftliche Wirtschaftsförderung der Familien. Was heute noch an gemeinwirtschaftlichen Einrichtungen vorhanden ist, konnte nur gestützt auf die Konsumgenossenschaftlichen Erfahrungen und meist auf die Konsumgenossenschaften selbst sich entwickeln.

Bei der Betrachtung des Verhältnisses von Konsumgenossenschaften und Gewerkschaften muß aber die sich immer mehr anbahnende praktische Zusammenarbeit beider Organisationen mit erwähnt werden. Es gibt jetzt schon große wirtschaftliche Unternehmungen, die nur von Konsumgenossenschaften und Gewerkschaften getragen und mit großem Erfolge geleitet werden.

Das sind die charakteristischsten Wertmaßungsmerkmale der Konsumgenossenschaften vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus. Diese Beziehungs-verhältnisse begründen aber auch ein Pflichtverhältnis der Gewerkschaften zu den Konsumgenossenschaften. Es liegt im praktischen Interesse der Gewerkschaften selbst, daß ihre Mitglieder den Konsumgenossenschaften angehören und dort ihren Bedarf bedenken.

Damit erhalten einmal die Konsumgenossenschaften die Bevölkerungs-schicht als Mitglieder, die durch ihre Klassenlage eine Heimbürgerlich-privatwirtschaftliche Abirrung der Konsumgenossenschaften verhindern; das ist von außerordentlicher Bedeutung.

Ferner erhält und erweitert sich die Gewerkschaft wertvolle Stützpunkte in den Konsumgenossenschaften und nicht zu unterschätzen ist die vor-treffliche Bedarfsbedarfs-möglichkeit der Gewerkschaftsmit-glieder in den Konsumgenossenschaften, die einer inneren Nothilfeleistung gleichkommt.

Dazu sind die Konsumgenossenschaften für die Gewerkschaften nicht zu ersetzende Partnerorganismen bei der praktischen Uebernahme gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen.

Wird das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Konsumgenossenschaften von diesem Standpunkte aus unterzucht, dann müssen die Gewerkschaften durch diese Feststellungen zu einer positiven und aktiven Konsumgenossenschaftspolitik kommen, die nur erst einmal darin zu bestehen braucht, den Gewerkschaftsmitgliedern die Mitgliedschaft und Bedarfsbedingung zur Pflicht zu machen. Jede dieser Mitglieder ist es dann, die gewerkschaftlichen Interessen in den Konsumgenossenschaften zu vertreten.

Die österreichischen Arbeiterkammern.

Zwischen der interessierten wirtschaftlichen Kreise — nicht zuletzt der Gewerkschaften — steht man sich ausen-ander über den Aufbau und die Bedeutung des Reichs-wirtschaftsrats, über die praktische Verwirklichung des Artikels 165 der Reichsverfassung. In Nr. 40 des „Grundstein“ wurde schon auf den neuen Entwurf über den end-gültigen Reichswirtschaftsrat hingewiesen, der augenblick-lich den beschiedenen Behörden zur Begutachtung vorliegt. Wenn auch in den Gewerkschaften eine ziemlich einseitige Meinung über die praktische Durchführung des genannten Artikels vorhanden ist und der Gewerkschafts-führer zu Breslau erneut seine Meinung über dessen praktische

Weimar und der gewerkschaftliche Gedanke.

Es sind jetzt 150 Jahre her, daß unser größter Dichter Goethe seinen Einzug in Weimar hielt und damit Weimar zum Anziehungspunkt eines geistigen Gedankens machte. Mitte Oktober 1775 hatte der Herzog Karl August von Weimar auf der Turkreise durch Frankfurt Goethe nach Weimar eingeladen; nach langem, vergeblichem Warten holte ihn der Bagen des Herzogs Anfang November 1775 nach Weimar ab, wo er in der Frühe des 7. November eintraf. Der Aufenthalt war nur vorübergehend gedacht, doch sollte die Stelle den Dichter für das ganze Leben nach Weimar bringen.

Die Jahr nach Weimar bedeutete damit einen Wendepunkt in Goethes Leben. Ohne Goethe hätte Weimar nicht den Rang in der Welt bekommen, den es hat. Aber man weiß auch nicht, wie sich der schöpferische Mensch Goethe ohne Weimar entwickelt hätte. In Weimar fand er, was er suchte, die Entfaltung seiner Persönlichkeit und den wirtschaftlichen Boden für sein Schaffen. Und darum brachte ihn sein heines Gefühl mit solchem Zwange nach Weimar.

Es ist bekannt, daß Goethe lange Jahre auch als Verwaltungsmann und Minister in Weimar tätig war. Ausfüllen sollte diese Arbeit sein Leben nicht. In großmütiger Weise sah es Karl August als seine Pflicht an, Goethe vor allem die Freiheit seines Schaffens zu geben, und Goethe fand diese großzügige Gewinnung auch sein Leben lang dankbar anerkannt. Aber Goethe nutzte die Freiheit nicht. Er nahm seine Verwaltungsbearbeit ernst und er konnte nicht zwei Aufgaben voll dienen. Darum litt seine Produktivität. Werf lag neben Werf als Bruchstück. Und durch diese Unterdrückung seines einseitigen Wesens litt er nicht nur selbst, sondern auch fortwährend. Seine Gedanken verfielen. Ein Bild jener Zeit zeigt ihn vor-zuglich. Ein kurze Entschluß, eine Hand nach Weimar, reichte ihn und sein Werk.

Für Goethes Schaffen war diese Kunst nach Italien von nach großer Bedeutung als die Ueberführung nach Weimar. Was dieses Erkenntnis sind von wesentlicher Bedeutung Weimar und Italien. Weimar erhielt durch die Fahrt nach Italien erst seine Erfüllung. In Italien findet Goethe sich selber. Da erstarkt er als der ganze

große, freie, geläuterte Dichter. Darum kann man ohne die Würdigung der italienischen Reise nicht seines histori-schen Einzugs in Weimar gedenken.

Nicht als wenn Goethe je seine Arbeit in Weimar be-bauert hätte. Im Gegenteil. Das praktische Re-bauert hätte. In Weimar war der Erzähler seine s-Genius. Auch ein Mensch wie Goethe konnte nicht abseits vom Leben reifen. Er hatte das Leben nötig, um er selber zu werden. Nur durch ein lebensbiges Gemein-wachen in die Wirklichkeit des Lebens wird auch der geistig Schaffende Mensch. Bei der lebhaften Einbildung und Übung menschlicher Dinge wäre ich immer unbekannt mit der Welt und in einer ewigen Sinnheit geblieben,“ schreibt er einmal. „Mehel glücklicher war es,“ fährt er fort, „mich in ein Verhältnis gesetzt zu sehen, dem ich von keiner Seite gemachsen war, wo ich durch manche Fehler des Unbegriffs und der Ueberlieferung mich und andere kennen zu lernen Gelegenheit genug hatte, wo ich durch so viele Prüfungen gesch, deren ich zu meiner Aus-bildung äußerst bedürftig war.“

Aus diesem eigenen Erleben heraus kama Goethe zu seiner Auffassung von der erzieherischen Bedeutung der Arbeit, wie sie aus seinem „Faust“ und besonders Kar und begründet aus „Wilhelm Meister“ herausfließt. Die Arbeit ist die Lehrmeisterin des Lebens. Und darum wird auch in einer sozialen Gesellschaftsordnung die Arbeit der Zentralpunkt des Lebens sein, wie dann auch die Arbeit der Zentralpunkt des Schulunterrichtes sein wird. Aber neben der Arbeit hat der Mensch noch ein anderes nötig, das Goethe in Weimar vermocht hat und das ihm Italien schenkte. In Italien, dieser Ergänzung zu Weimar, fand Goethe das notwendige Wesen der Arbeit, das Menschliche als die Krönung der Arbeit.

Soziale Unterdrückung war es natürlich nicht, das Goethe litt. Im Gegenteil, es war der höfliche Zwang, die Zeitfeier der Zeiten. Auch Goethe fehlte das Menschliche, Schlichte, Natürliche. Goethe war herausgerissen aus dem Menschlichen nach oben, das Volk ist aus dem Menschlichen herausgerissen nach unten. Es ist Werkzeug, Lohn-scheibe des Unternehmertums.

Gerade weil Goethe dieses notwendige Menschliche im weimarischen Leben so sehr fehlte, darum empfand er

dieses schlichte, natürlich Menschliche da unten auf seiner italienischen Reise als solch großes und erhebendes Glück. Goethe lebte er sich in diesen so entbehrten Menschlichen da unten nur so recht aus. Wie in seiner Jugend mischt er sich unter das Volk, plaudert er mit dem Volke, spielt er mit den Kindern des Volkes, und es kommt ihm jetzt so „elend“ vor, daß er in Weimar fast mit niemand aus dem Volke reden durfte, „der nicht was wollte und machte.“ Und darum meidet er da unten bewußt die vornehme Welt und er bezieht nur mit dem Volke, um nachzuholen, was er so sehr entbehren mußte.

Und dieses Erleben des Natürlichen, Menschlichen weitete dann seine Seele und machte ihn empfänglich für alles Große und Schöne, das ihm Italien bot. Solch ein Element hatte er sich ja so „lange gewünscht, um auch einmal zu schwingen und nicht immer zu waten.“ Und durch Volk und Menschlichkeit schöpferischer und reicher geworden, kehrt er zurück, durch natürliche Menschlichkeit größer nach Weimar, als er es 1775 betreten hatte.

Und wie bei Goethe, so bei Schiller und den andern in Weimar. Das Reine und Höchste wurde ihnen allen das Menschliche. Ohne tief menschliches Gefühl kein Schaffen. Nur im Ausleben und Erleben des Menschlichen ist jeder einzelne von uns ganzer Mensch.

Damals stand die technische und wirtschaftliche Ent-wicklung noch auf niedriger Stufe. Die Maschine war erst im Begriffe, die Welt zu erobern und — das arbeitende Volk zu proletarisieren, zu unterdrücken und auszubuten, wie es heute geschieht. In diesem Gegenstande hatten Weimar und der Kapitalismus heute auseinander. Die Arbeit ist Mammonsbien. Sie ist denn an der Zügel, für den Gewinn. Es fehlt ihr das große Menschliche, das große notwendige Menschliche, das Soziale, das Gemein-schaftliche, Liebende. Der Kapitalismus hielt in nie gewesener Schärfe gegen Weimar. Jeder Kampf, der dem Kapitalismus gilt, dient darum dem Geiste der Weimar. Nicht Mammon, sondern Volk. Nicht Kapitalismus, sondern Gemein-schaft. Nicht Maschine, sondern Mensch. Und darum ist der gewerkschaftliche Kampf nicht gleich mit seiner wirtschaftlichen Bedeutung auch ein Kampf dieser großen kulturellen Aufgabe, die Weimar seit jetzt 150 Jahren für die Welt bedeutet.

Durchführung festgelegt hat, so mag es doch von allgemeiner Interesse sein, zu erfahren, wie in anderen Ländern die praktische Durchführung der in der Wirtschaftsdemokratie liegenden Aufgaben vollzogen worden ist.

Von diesen Gründen ließ sich auch der Arbeiterrat von Groß-Samburg leiten, als er sich von dem Syndikat der Wiener Arbeiterkammer, Dr. Rager, einen Vortrag über die österreichischen Arbeiterkammern halten ließ.

Dr. Rager, der aus einer fünfjährigen praktischen Erfahrung sprach, gab zunächst einen kurzen Überblick über die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Oesterreich, über den politischen und wirtschaftlichen Nachdruck der Arbeiter und Angestellten. Der Gedanke der Arbeiterkammer sei in Oesterreich schon ums Jahr 1848 aufgetaucht.

Oesterreich hat auf diesem Gebiete eine ganz besondere Geschichte. Da das allgemeine Wahlrecht in Oesterreich sehr spät eingeführt wurde, erhoffte man durch die Arbeiterkammer einen Einfluss auf das Parlament zu gewinnen.

Als dann 1918 sämtliche politische Macht in die Hände der Arbeiter und Angestellten geriet, wurde sofort an die Verwirklichung dieser Gedanken gespart; man erkannte klar, die politische Demokratie sei durchgefallen, die Wirtschaftsdemokratie stehe dagegen erst in ihren Anfängen.

Drei Gründe veranlassen die österreichische Arbeiterkammer, gesetzliche Arbeiterkammern zu schaffen. Die in den verschiedenen Ländern vorhandenen Handels- und Gewerbetkammern, die ausschließlich Interessenvertretungen der Unternehmer sind, haben es verstanden, nach überallhin großen Einfluss zu gewinnen.

Diese ausgesprochenen Interessenvertretungen fehlte die österreichische Arbeiterkammer ihrer Arbeiterkammern entgegen. Als zweiter Grund gilt, daß die österreichische Arbeiterkammer angestrebt hätte, eroberten politischen Macht alle Gewerkschaften möglichst schnell, gesetzlich festzulegen.

Dieser Grundgedanke der österreichischen Arbeiterkammer zum Segen im Gegensatz zu Deutschland, wo man sich zunächst mit Verhandlungen zu helfen suchte. In Oesterreich gibt es ein Gesetz über die Arbeiterkammern, ein Arbeitslosengesetz, ein Betriebsrätegesetz und ein Gesetz über die Arbeiterkammern.

Vertrauen, das die Arbeiterkammern heute in der gesamten Bevölkerung gewonnen haben, wesentlich vergrößert. Die österreichische Arbeiterkammer — so betonte der Redner — könne froh sein, eigene Arbeiterkammern gesetzlich geschaffen zu haben.

Jeder Gedanke an paritätische Kammern werde von ihr abgelehnt. Die österreichischen Arbeiterkammern haben sich im wirtschaftlichen Leben restlos durchgesetzt. Paritätische Kammern hätten ihre Aufgaben in dem Sinne, wie sie heute die österreichischen Arbeiterkammern gelöst haben, nicht gelöst.

Man mag die reinen Arbeiterkammern für Oesterreich gelten lassen. Aus den Ausführungen Dr. Ragers wurde eben klar, Oesterreichs Arbeiter und Angestellte haben sich etwas geschaffen, was zukunftsweisend auf dem Gebiete der Wirtschaftsdemokratie ist.

Jedoch hätte man sich, dieses Art der Einrichtung gedankt, was auf die heutigen Verhältnisse übertragen zu wollen. Oesterreich ist ein kleines Land, in Wien konzentriert sich hauptsächlich die Industrie; daher gibt auch die Wiener Arbeiterkammer in vielen den Ausschlag.

In Deutschland würden reine Arbeiterkammern isolierte Kammern sein. Deutsche Verhältnisse verlangen eine paritätische Zusammenlegung der bestehenden Handels-, Industrie-, Gewerbe- und Landwirtschaftskammern. In Deutschland baut man allerdings die

Zentralratsparität, den Reichswirtschaftsrat, zuerst aus, anstatt den notwendigen Unterbau zu schaffen, der den im Artikel 165 der Verfassung festgelegten Gedanken der Wirtschaftsdemokratie lebendig machen würde.

Was den österreichischen Arbeiterkammern heute als Aufgabe zufällt, das würde in Deutschland von den zu schaffenden Bezirkswirtschaftsräten und dem Reichswirtschaftsrat zu leisten sein. Die Erreichung dieses Zieles wird eine der großen Aufgaben der Gewerkschaften sein.

Der deutsch-russische Handelsvertrag.

Der zünftigen Deutschland und Sowjetrußland abgeschlossene Handelsvertrag ist unterzeichnet worden. Er stellt sich zusammen aus den üblichen allgemeinen Bestimmungen und Abkommen über Niederhaltung, allgemeinen Reichsschutz, Wirtschaftsabkommen, Steuerabkommen, Abkommen über die Geschäftsstelle, Güterverkehrsabkommen, Handelsstreitigkeiten und gewerblichen Rechtsschutz.

Der Vertrag soll möglichst bald ratifiziert werden. Ueber den Vertrag hat man so ziemlich jahrelang verhandelt. Wenn es nun zu einem schnellen Abschluß gekommen ist, dann mögen dabei im Hinblick auf die Konkurrenz in Vöcario politische Momente günstig in die Waagschale gefallen sein.

Im Mittelpunkt der gewöhnlichen Konzeptionen steht das Recht der Meißbegünstigung. Allerdings ist dieses Recht in dem deutsch-russischen Handelsvertrag fast beinahe gänzlich. Man darf wohl mit Recht sagen, daß die Meißbegünstigung im Verkehr mit Rußland überflüssig ist; jedenfalls ist sie stark dadurch herabgemindert, daß Rußland ein Außenhandelsmonopol hat und ohne Zweifel für absehbarer Zeit schon im Interesse seiner Außenhandelspolitik an Außenhandelsmonopol festhalten wird.

Finanzprogramm in Zukunft Defizite ergeben, die in einer Einschränkung des Imports gütige treten. Es kommt darauf an, in welchem Maße die Russen dann die Drofflung der Wareneinfuhr auf den Weltmarkt vertiefen und in welchem Maße die deutsche Industrie konkurrenzfähig ist, die russischen Drofflungen von sich abzuwenden.

Jugendschutz durch Gesetz oder durch Tarifverträge?

So lautet die Fragestellung, die sich auf der vom Ausschuss der Deutschen Jugendverbände vom 6. und 7. Oktober nach Cassel einberufenen Tagung ergab. Ursprünglich war als Aufgabe dieser Tagung gedacht, sie sollte die Notwendigkeit verstärkten Jugendschutzes, besonders größerer Freizeit vom gesundheitlichen und erzieherischen Standpunkt aus der Öffentlichkeit nachweisen.

Die im Frühjahr beschlossenen Forderungen aller deutschen Jugendverbände an die Gesetzgebung nach 3 oder 2 Wochen bezahltem Urlaub und nach Freilassung der 18-Stunden-Woche, nach Erhöhung des Schulpflichtes von 16 auf 18 Jahre, Verbot der Nachtarbeit und Gewährung zureichender Pausen, allen noch nachdrücklich eine Begründung erhalten, die besonders für die nicht unmittelbar in der Jugendvereinsarbeit stehenden Kreise bestimmt war.

Bei der Erörterung sprachte erwählte der Vorsitzende, Herr Dr. Starmer, daß das Reichsministerium und das Reichsarbeitsministerium wegen Arbeitsüberlastung keine Vertreter entsandt hätten. Diese „offizielle“ Einstellung ergab sich dann auch bei dem Vortrag des Ministerialrats Dr. Hiertmann, vom Reichsjustizministerium.

Dr. Hiertmann hatte es übernommen, die Notwendigkeit der Freizeit vom gesetzgeberischen Standpunkt aus zu begründen. Aber trotz der Betonung, als Privatmann zu sprechen, fand der Verwaltungsbeamte in ihm ansetzend dennoch keine Ruhe. Der Schluß des Vortrages war ein Hinweis auf die verwaltungsmäßigen Schwierigkeiten, die sich aus der gesetzlichen Urlaubsgewährung ergeben würden.

Dr. Hiertmann sah eine Gefahr darin, Millionen von jungen Menschen auf die Leichtigkeit „loszulassen“, ohne vorher die Gewähr zu haben, daß genügend Ferienheime und Herbergen vorhanden sind. Die gesetzliche Regelung sei in den nächsten 5 oder 6 Jahren noch nicht angebracht, der Weg der tariflichen Regelung und des kommenden Tarifausbildungsgesetzes müßten gesucht werden, um Tatsachen zu schaffen. Dieser Faden wurde bei dem Vortrag über die wirtschaftliche Durchführbarkeit der Urlaubsforderung weitergesponnen.

Auch der hierfür gemeinnene Redner, Herr Dr. Starmer, aus der sozialpolitischen Ableitung des Siemens-Sonizers, legte dar, daß eine gesetzliche Regelung überhaupt nicht in Frage komme, es sei ungewinnlich, „freie Willensbestrebungen“ zwangsweise zu binden; zwangsweise Regelung würde gegen die Grundsätze der Wirtschaft und Sozialpolitik verstoßen.

Die beiden Vorträge gaben den Genossen Mut und Mut sich im Reichsrat, sowie in der Reichsregierung, sowohl die Notwendigkeit der gesetzlichen Regelung wie auch deren wirtschaftliche Durchführbarkeit zu behaupten. Die Mehrheit der Unternehmer, besonders im Handwerk, denkt nicht daran, ihre freien Willensbestrebungen auf die Bewahrung von Ferien zu richten. Deshalb sind zwangsweise Bindungen notwendig. Die grundsätzliche Anerkennung der Berechtigung der Jugendforderungen bleibt eine leere Redensart, wenn gleichzeitig der Weg zur Verwirklichung abgelehnt wird. Ferner wurde von den gewerkschaftlichen Vertretern gesagt, daß, gemessen an den gezahlten Löhnen und Sozialbeiträgen, die finanzielle Seite der Urlaubsgewährung an etwa 4 Millionen Jugendliche eine gar nicht ins Gewicht fallende Belastung der Gesamtwirtschaft bedeute.

nehmer in der Abklärung der gesetzlichen Regelung der Ferien übereinstimmen. Die Hinweise auf die Tarifverträge und auf das immer noch in den Schranken der Regierung schlummernde Berufsausbildungsrecht sind nichts als leere Klischees; denn beide Teile haben bisher konsequent darauf hingearbeitet, daß der größte Teil der Jugendlichen nicht von den Tarifverträgen erfasst wird. Die Gewerkschaften werden weiter auf Verbesserung der Verhältnisse durch die tarifliche Regelung hinarbeiten müssen; sie dürfen sich selbstverständlich nicht auf die Gesetzgebung allein verlassen. Die Jugendlichen und Lehrlinge werden noch mehr als bisher in die wirtschaftlichen Kämpfe einbezogen werden müssen. Das ist die Konsequenz, die sich aus dieser Forderung ergibt. Deshalb führt die Jugendlichen den Gewerkschaften zu und erkämpft ihnen das, was ihnen formale Unternehmungskürzbarkeit bringt. So sind auch in dieser Richtung die Gewerkschaften die Vorkämpfer gesteigerter Volksgesundheit und Kultur!

Gewerkschaftsprobleme — Baugewerksjugend.

Befinnend für das Leben aller Völker ist stets die wirtschaftliche Struktur ihres Landes. Davon hängen ab alle ihre Lebensformen, Kunst, Bildung, Wissen, Religion, Ideologie, ihre ganze Kultur. Die Problemstellung liegt im Wirtschaftlichen, ihre folgerichtige Lösung wird die Menschen in die geschichtliche Fortentwicklung. Wollen wir also unsere Zukunft günstig gestalten, so müssen wir die Aufgaben aus der heutigen ökonomischen Lage heraus erkennen und an ihre Lösung herangehen.

Die gesamte europäische Wirtschaft steht heute im Zeichen einer großen Krise. Deren Ursachen sind in erster Linie Folgen des Weltkrieges. Die ungeheure Vernichtung unzählbarer Werte brachte die Verzerrung aller Staaten Europas. Verzerrung bedeutet Einschränkung der Konsumfähigkeit, verringerte Produktion und damit Arbeitslosigkeit. Die Verschuldung Europas an Amerika, die Verschöberung der Anteile am Weltgeldbestand zugunsten Amerikas bedeuten schwierige Kreditbeschaffung, teure Kredite, diese wiederum Erhöhung der Produktionskosten. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit aller europäischen Staaten, die fehlende Möglichkeit, sich selbst zu ernähren und mit wirtschaftlichen Gütern zu versorgen, das Fehlen eines reichhaltigen Güterausstausches, verhindert durch die Zollpolitik, drängen zu Wirtschaftserleichterungen. Die ungesicherten politischen Zustände, das gegenseitige Mißtrauen der Staaten wirken verhängnisvoll auf die Lage. Das Gespenst des Weltkrieges verhängt sich über die Welt. Die Vorkämpfer in China wirken ebenfalls lähmend auf das Wirtschaftsgeschehen. Die europäischen Wirtschaftsverhältnisse treffen im allgemeinen natürlich auch auf die deutsche Wirtschaft. Deutschland hat zur Welterneuerung im Krieg noch eine Werteverminderung in der Inflationszeit gestiftet. Wir haben in den Inflationsjahren einen Wertanteil aller ausgeführten Waren den Kaufkraft gestiftet, indem auf dem Weltmarkt unsere Waren im Preise niedriger als alle anderen verkauft wurden. Die unterschiedliche Kaufkraft ständete bei solchen Geschäften einen Gewinn vor, der aber nur auf Kosten unserer volkswirtschaftlichen Substanz erreicht wurde. Diese verkleinerten Werte wurden aufgebracht von der mit geringem Reallohn bezahlten Arbeiterkraft und den Besitzern von Barvermögen (Hypotheken, Bank- und Sparkassengeldern, Anleihen, Wertpapieren), deren Besitz sich mit dem Sinken der Mark verminderte. Der Handel vergrößerte sich, während die Gesamtproduktion um ein Drittel gegenüber der Vorkriegszeit zurückging. Als es dann nicht mehr ging, war der Inflationssturz schnell zu Ende. So haben Inflation und Krieg unsere Wirtschaft um große Werte gebracht. Es zeigte sich dann auch, daß unsere Technik, infolge Fehlens jeder Konkurrenz in und nach dem Krieg, gegenüber der anderer Länder weit zurückgeblieben ist.

Die deutsche Landwirtschaft ist in der Lage, zwei Drittel der Gesamtbevölkerung zu ernähren. Das reichliche Drittel der deutschen Lebenshaltung muß sichergestellt werden durch Einfuhr, für deren Wert wir industrielle Produkte ausführen müssen. Um aber ausführen zu können, müssen wir wettbewerbsfähig auf dem Weltmarkt sein. Sind die Vorbedingungen vorhanden? Unsere Technik ist zurückgeblieben gegen die anderer Industrieländer. Durch den Friedensvertrag haben wir große Teile unserer Rohstoffgebiete eingebüßt. Unsere Wirtschaft ist belagert mit Friedensvertragsleistungen. Hohe Steuern mindern die Konsumfähigkeit des Volkes und verringern damit die Produktion. Die Schutzzölle verteuern die Produktionskosten durch Preissteigerung der Rohstoffe, sie vermindern ebenfalls die Konsumfähigkeit des Volkes. Die Ausschaltung der Konkurrenz in den wichtigsten Wirtschaftszweigen durch Kartelle, Syndikate, Trusts gefährdet diesen Vereinigungen, ohne Rücksicht auf die volkswirtschaftlichen Interessen, sich im Inlande hohe Preise zu sichern. Demnach auf die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Reorganisation wirkt der übermäßig im Verhältnis zur Produktion stehende Staat.

Diese Umstände zeigen nur Wenige, wie weit wir von einem durchaus gesunden Wirtschaftsleben entfernt sind. Das deutsche Unternehmertum sucht sich auf die leichteste Art, bei der man sich nicht in besondere geistige Anstrengungen zu tätigen braucht, aus dieser unangenehmen Lage herauszuwickeln. Ihre Erkenntnis ist: die Produktionskosten zu hoch; ihrer Weisheit letzter Schluss; es müssen Abstriche gemacht werden, und zwar so, daß man sich selbst überlistet. Deshalb Trend auf den Preis der Arbeitskraft, Verkürzung der Arbeitszeit; man verlangt von Arbeitern der Sozialisten, kurzum, man überläßt die Kosten der eigenen Löhne der Lohnarbeiterkraft. Die Sozialisten der Lohnarbeiter treiben diese Unternehmerrhetorik aus dem. Ihre Kompromisse gelten in erster Linie der Erhaltung der Erwerbssicherheit der breiten Masse, in zweiter Linie der kurzweiligen Erwerbssicherung der Lohnarbeiter, in dritter Linie der Unternehmerrhetorik unserer Wirtschaft an der rechten Seite zu beginnen. Die Erhaltung der Erwerbssicherheit der Lohnarbeiter ist die Erhaltung

und Hebung der Konsumfähigkeit und damit der Produktion zur Folge.

Welche Probleme ergeben sich nun aus unserer jetzigen Wirtschaftslage für uns als Gewerkschafter? Die innerhalb des kapitalistischen Organismus markanteste Erscheinung ist zweifellos die stärkere Konzentration des Kapitals, sind die industriemäßig zu einem einheitlichen zusammengefaßten Kartelle, Syndikate und Trusts und die sich über verschiedene Industrien erziehenden Konzerne, jene horizontal, diese in erster Linie vertikal konzentrierte Wirtschaftsmächte. Sie sind die stärksten Wirtschaftsmächte; ihre Stärke liegt in ihrer Monopolstellung und in ihrer Einheitlichkeit gegenüber den Verkäufern der Ware Arbeitskraft, denen gegenüber sie den Vorteil haben, daß sie zahlenmäßig kleiner und ihre Mitglieder durch rechtliche Bindungen leicht zur Einhaltung von Abmachungen zu zwingen sind.

Entsprechend die horizontal gelagerten Wirtschaftsverbände und Gesellschaften (Kartelle, Trusts, Ringbindungen) in ihrer Produktionsbasis etwa dem Tätigkeitsfeld unserer heutigen Gewerkschaften (Wirtschaftszweige), so ändert sich dies, sobald es sich um vertikal gelagerte Organisationen und Konzerne handelt. Hier sind es Unternehmungen, die sich über verschiedene Wirtschaftszweige erstrecken, die, sollen sie wirtschaftlich erfolgreich bekämpft werden, auf allen Gebieten angegriffen werden müssen.

Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit der Konzentration auch unserer gewerkschaftlichen Kräfte. Die erste Stufe hierzu ist die Schaffung von Industriengewerkschaften. Aber auch sie wird nicht die endgültige Form unserer Kräfteaufnahmefassung sein, vielmehr zeigt die kapitalistische Entwicklung den Weg zur Einheitsgewerkschaft. Es verzieht sich von selbst, daß sich diese Entwicklung nicht im Sandumdrehen vollzieht, sie wird das Best wirtschaftlicher Notwendigkeit werden. Mit dieser organisatorischen wird auch die Veränderung der Kampfformen und unserer Taktik Hand in Hand gehen müssen. Der heute berechtigte partielle Kampf wird mehr und mehr dem Großkampf weichen. Ein nur durch Bauarbeiter geführter Kampf wird ausfallslos sein, wenn er sich gegen Unternehmungen richtet, die Teilgebiete von Konzernen sind, die sich über mehrere Wirtschaftszweige erstrecken. Die durch den Kampf entstehenden Verluste ihrer Abteilungen sind zu verschmerzen, wenn die Industrieabteilungen, die nicht bekämpft werden, weiterhin Gewinne abwerfen. Dieses Beispiel gilt für alle Wirtschaftszweige.

Die sozialen Strömungen der Nachkriegszeit haben die Stellung der Lohnarbeiterkraft in Produktionsprozess zur heimgewählten Frage gemacht. Die gesetzliche Festlegung der Stellung des Lohnarbeiters, seine Umwandlung vom Wirtschaftssubjekt zum Wirtschaftssubjekt, vom Arbeiter zum Mitbestimmenden haben bis jetzt teilweise nur geringen Wert, da es der Arbeiterkraft nicht gelungen ist, der vorhandenen Form einen größeren Inhalt zu geben. Dies liegt in der Schwierigkeit, die gesellschaftlichen Aufgaben zu meistern, ferner fehlt dabei der uns lange fallende materielle Erfolg, es zahlt sich nicht in klingender Münze aus. Wollen wir die gegebenen Möglichkeiten wahrnehmen, um wirklich in der Wirtschaftsführung mitbestimmend zu sein, dann müssen wir uns dazu das geistige Nützige beschaffen. Das führt mit Notwendigkeit zu einem anderen gewerkschaftlichen Problem, dem der Bildungsbildung. Im Verkauf der weiteren Entwicklung werden sich die geistigen Erfordernisse an unsere Gewerkschaftsorgane steigern. Diese müssen ihnen die Gewerkschaften übermitteln. Unsere Jugendkolonnen als künftigen Trägern der gewerkschaftlichen Macht muß diese Aufgabe in erster Linie zugewendet werden. Sie sind es, die, eintretend in die rauhe Wirklichkeit des Lebens, die gewaltigen Aufgaben, die hier kurz andeutet wurden zu lösen haben. An sie muß der Bedarf ergehen, ihnen muß nach Kräften gegeben werden, aber sie müssen auch die Bereitschaft zur Weiterbildung haben. Ihr Bestehen muß sein, lebhafteste gewerkschaftliche Aufbaubarkeit zu leisten, sozialistisches Kultur- und Geistesleben zu pflegen, sich abzuheben von bürgerlich-nationalistischer Vereinsharmonieidylle und seichter Literatur, die das kritische Denken einschläfert und über die Wirklichkeit hinwegtäuscht. Sie müssen das Klassenbewußtsein pflegen zur Fundamentierung des eigenen Kampfwillens, sie müssen neben der gewerkschaftlichen eine diese unterstützende politische Tätigkeit entfalten, um dort zu schützen und zu bestehen, was man hier errungen. Ihre Aufmerksamkeit muß auch ihren Arbeitskameraden gewidmet sein, daß diese nicht zu Parastern der Arbeiterklasse herabfallen. Kämpfer muß ein jeder sein! Nur in enger Geselligkeit lassen sich die schweren Aufgaben lösen. Und gelöst werden sie werden, soll die Zukunft unser sein! Wir müssen die Stellung einnehmen, die die der Arbeiterklasse gemäß ihrer wirtschaftlichen Bedeutung zukommt. Also diese oder aber weitere Abhängigkeit von der Kapitalistenklasse: wir werden die Verhältnisse haben, die wir verdienen!

Walter Wüst, Mettenberg.

Konzernbildung im Baugewerbe.

Bei der Betrachtung der Formen, in denen sich die Kapitalzusammenfassung im Wirtschaftsleben abspielt, hat der Umfang des Grundes, als sei das Baugewerbe einer der Zweige der deutschen Gesamtwirtschaft, der durchaus kapitalistisch gestaltet sei und voraussetzlich auch noch lange Zeit bleiben. In der Tat gibt es ja auch noch einige zehnjährige handwerksmäßige Betriebe im Bau- und in den Raumgewerben. Aber aus ihrem Bestehen darf nicht gefolgert werden, daß ein Großbetrieb nicht möglich sei und daß solche nicht bereits bestehen. Die baugewerblichen Großbetriebe haben an sich selten Ursache, ihre Größe praktischer auf den Markt zu stellen. Sie handeln vielmehr aus gewissen Gründen gegenwärtig, indem sie durch eine Art Schutzschleier der Betriebsumfang kleiner erscheinen lassen als er wirklich ist. Dazu reizt erstens die politische Lage, die Bauverträge der öffentlichen Hand mit an erster oder zweiter Stelle Unternehmungen

zu vergeben, zweitens die Möglichkeit, sich vor Vermögensverlusten im Konkursfalle zu schützen durch die Bildung mehrerer kleinerer Gesellschaften, statt einer großen, drittens steuerliche Interessen. Aus den nachstehenden Zeilen ist an einigen Beispielen ersichtlich, wie eine Gesellschaft zwar eine durchaus „preussische“ sein, aber doch zugleich in Bayern, Sachsen, Baden oder Württemberg landesangehörig werden kann. Zum besseren Verständnis haben wir die Namen der Verbindungsmänner zwischen den Gesellschaften eines Konzerns geperft gedruckt.

Berger-Konzernium.

1. Julius Berger, Tiefbau-Aktiengesellschaft in Berlin. Kapital 3 500 000 M. Bank: Darmstädter und Nationalbank. Generaldirektor Konmerziant Julius Berger. Aufsichtsrat: Vorsitzender Konmerziant Anton Kronjoh; Staatsminister a. D. Otto Fißler; Stadtrat und Bankier Martin Friedländer, Stuttgart; Kommerzienrat Adolf Moser; Generalleutnant a. D. v. Rogowski; Bankier Jakob Goldschmidt; Geh. Ober-Regierungsrat a. D. von Filly; Paul Wisse; Direktor Ferdinand Galtel; Bruno Kell, Leipzig; Generaldirektor Friedrich Fild; Rechtsanwalt Siegfried Wolfenstein; Ministerialdirektor Dr.-Ing. Hilmann.
2. Bell & Köfer, Aktien-Gesellschaft für Dach- und Tiefbau in Leipzig. Kapital 600 000 M. Direktoren Bruno Kell, Leipzig und Verno Löfer, Dresden. Aufsichtsrat: Generalfondul Dr. Ernst Schöen, Leipzig; Kommerziant Julius Berger, Berlin; Bankier Hans Liebert-Leden, Leipzig; Bankdirektor Claus Wolten, Hamburg; Rechtsanwalt Dr. Konrad Löfer, Dresden; Bankdirektor Dr. Georg Kobias, Leipzig.
3. Eisenbau-Gesellschaft m. b. H. Krosch & Knapp-Kell & Löfer & Co. in Augsburg. Kapital ??
4. Wisse & Köhl, Berlin. Kapital ??

Das Berger-Konzernium hat zur Zeit außer den in Deutschland befindlichen Bauten in Rumänien-Siebenbürgen, in der Nähe von Kronstadt, einen 4200 m langen Eisenbahntunnel nebst Bohrinschnitten und Pumpen zu erbauen. In Columbia (Südamerika) betreibt es seit etwa 3 Jahren die Bohrarbeiten zur besseren Schiffarmachung des Magdalenaströms. In Kleinasien baut es für Rechnung der Regierung von Angora ein Loos der neuen Eisenbahn von Angora nach Sivak.

Bei den 4 Konzernfirmen sind zur Zeit rund 200 Angestellte und 5800 Arbeiter beschäftigt.

Jüblin-Konzernium.

1. G. Jüblin & Co. Aktiengesellschaft in Stuttgart (im Hause des Deutschtums). Früher Süddeutsche Tiefbau-Aktiengesellschaft. Kapital 850 000 M. Direktoren: Otto Wiese, Günther v. Rappenstein und Ludwig Lang. Aufsichtsrat: Franz G. Hansen, Frankfurt a. M.; Dr. G. Schürch, Straßburg; Rechtsanwalt A. Rosenfeld, Mannheim; Ingenieur Eugen Jakob, Frankfurt a. M.; Bankdirektor Franz Gerhabe, Augsburg; Direktor Kapferer, Konstanz; Kommerziant Robert Wulff, Düsseldorf; Ing. Fritz Jüblin, Dr. Robert Jüblin, Straßburg.
2. Dornmann & Stiefel Aktiengesellschaft in Augsburg. Kapital 453 000 M. Direktoren: Edgar Rottmann, Fritz Schinnerer. Aufsichtsrat: Oberingenieur Hans Strauß; Bankdirektor Franz Gerhabe; Apotheker Friedrich Hermann, Augsburg; Direktor Otto Wiese; Direktor Hermann Schürch; Direktor Robert Jüblin, Stuttgart; Kaufmann Franz G. Hansen, Frankfurt am Main.

Stumm-Konzern.

1. Bayerische Baubetriebe, Aktien-Gesellschaft in München. Kapital 870 000 M. Direktoren Walter Eumler, Edmund Reil, Heinrich Noder. Aufsichtsrat: Staatsminister a. D. Dr. F. Brettreich; Bankier Martin Kaufhäuser, München; Staatssekretär a. D. Mich. v. Schömann; Generaldirektor F. H. Müller; Direktor E. Deubert, Memmingen a. d. Saar; Bankdirektor Max Böhm.
2. Oberbayerische Baubetriebe, Aktien-Gesellschaft in Freising i. L. Kapital 870 000 M. Direktor: Walter Demler. Aufsichtsrat: Generaldirektor F. H. Müller; Direktor E. Deubert; Generaldirektor Eugen Königsgetter, Düsseldorf; Bankier Braun, Saarbrücken; Bankier Kramer, Frankfurt a. M.
3. Rheinisch-Westfälische Baubetriebe Aktiengesellschaft in Düsseldorf. Kapital 740 000 M. Direktoren: W. O. Müller, Paul Müller, Dr. Weimann, Ernst Mertz. Aufsichtsrat: Generaldirektor F. H. Müller; Generaldirektor Königsgetter; Professor Dr. Reumann-Görz; Obergeneral a. D. Baumann; Legationsrat F. v. Stumm; Generaldirektor R. Boehm; Direktor E. Deubert. Maschinenpark: 78 Lokomotiven, 15 Waggons, 22 Kräne, 77 Motoren, 60 Kammen usw.
4. Saar-Baubetriebe Aktiengesellschaft in Saarbrücken, über deren Gesellschaftskapital, Geschäftsführung und Aufsichtsrat uns zur Zeit bestimmte Angaben fehlen.
5. Baubetriebe Aktiengesellschaft in Danzig. Auch für diese fehlen uns weitere bestimmte Angaben.

Die fünf vorstehenden Gesellschaften des Stumm-Konzerns sind abhängig von der Gesellschaft Stumm in Memmingen-Saar.

Wir veröffentlichen die vorstehende Zusammenstellung, um unsern Kollegen einen Einblick in die Zusammenhänge der privatkapitalistischen Großindustrie mit dem Baugewerbe zu geben. Soweit möglich, werden wir diese Bekanntgabe fortsetzen.

Wie Syndikalisten Unternehmerinteressen vertreten.

In Calbe a. d. E. wird ein neues Jnanamt gebaut. Am Submissionswesen ist mit der Ausführung dieses Baues die Firma Gertling & Maus, Magdeburg, beauftragt worden. Auch in diesem Falle zeigt die übliche Submissionsweise ihre Wirkung nicht bezweifel zu haben; denn kein von dem Regim der Arbeit werden in den Jnanamt-Arbeitern gefordert, die die Bauarbeiten des Jnanamt ausführen sollen. Seit 1898 haben es die Arbeiter in Calbe unter ihrer Würde gehalten, die Ausführung irgendwelcher Aufträge zu übernehmen; da, wenn ihnen ein gewerkschaft

Töpler und Glaserleger.

Ofenformer. Die Ofenfabrikanten im Lohnbezirk I Brandenburg, Mecklenburg, Hannover) haben unseren Antrag auf Erhöhung des Lohnes abgelehnt. Der Schlichtungsausschuss in Frankfurt a. O. ist angerufen.

Berlin. (Töpler und Glaserleger.) Ein Schlichtungsurteil des Reichsarbeitsamtes vom 1. Oktober 1924 für 1,84 M. Dieses Lohnabkommen gilt vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 1925.

Freistaat Sachsen. Am 30. Juni lief der bisherige Tarifvertrag der Ofenformer ab, und erst jetzt ist es nach vielen ergebnislosen Verhandlungen am 16. Oktober doch noch zu einer Einigung gekommen. Besonders die Leipziger Unternehmer hatten dazu beigetragen, die Verhandlungen zu beschleunigen; zu den letzten vier Verhandlungen waren sie gar nicht erschienen, so daß mit ihnen getrennt verhandelt werden mußte. Am 16. Oktober wurde für die übrigen Bezirke vereinbart: Vom 1. Oktober an beträgt der Stundenlohn für Ofenformer 1,35 M., die Arbeitererlöse erhöhen sich auf 1,45 M. Ferner wurde der Gehalt einer vierjährigen Arbeiterin erhöht, wodurch der Lohn um 6 bis 10 % erhöht ist. Dieser neue Grundtarif hat Geltung bis zum 30. März 1926. Die prozentualen Erhöhungen laufen am 31. März 1926 ab. Sollten während der Vertragsdauer Veränderungen im Wirtschaftslieben eintreten, so steht es besten Willen frei, gemeinsam Tarifänderungen vorzunehmen. Neue Tarife sind zu haben beim Kollegen G. Höric Dresden-L., Ribbenbergstraße 2, Baugewerkschaft Dresden. In der am 18. Oktober stattgefundenen, sehr gut besuchten Gruppenversammlung berichtete Kollege Höric über die Beilegung der seit dem 1. Oktober bestehenden ersten Lohnunterschieden im Ofenformergewerbe. Die bisher abgelehnten Positionen der mit der Unternehmenskommission zusammengestellten Vorlage wurden am 17. Oktober in einer gemeinschaftlichen Sitzung zum größten Teil und mit vielen Änderungen angenommen. Für Ofenformer wurde ein Stundenlohn von 1,35 M. und 46 % Zuschlag auf den Tariftarif festgelegt. Für Hilfsarbeiter gilt der jeweilige Bauarbeiterlohn als Mindestlohn, mehr je nach Leistung und Vereinbarung gesamt werden. Das Lohnabkommen gilt bis zum 31. März 1926. Das nachstehende Entschädigungsfonds einstufige Annahme: Die Gesamtsumme der Forderungen der Ofenformergewerkschaft über die berechtigten Wünsche, die sie in der den Weisern überreichten Vorlage niedergelegt hat, nur zu einem nach ergänzenden Text Berücksichtigung gebunden haben. Sie ist darüber enttäuscht, daß die Unternehmer bei den Hilfsarbeiterlöhnen nur ein sehr ungenügendes Entgegenkommen gezeigt haben. Die Gesamtsumme sichert den Hilfsarbeitern vollste Solidarität; sie ist gewillt, ihnen in jeder Weise zu helfen bei der Erreichung besserer Löhne. Sie ist ferner davon überzeugt, daß die Verhandlungskommission ihr Bestes eingesetzt hat, um die Lohnbewegung zu einem einigermassen befriedigenden Abschluß zu bringen. Sie stimmt der Erklärung zu, die die Kommission in der Sitzung abgegeben hat.

Wärener selbständige Ofenformer für Wohnmaschinen, transportable Öfen und alle normierten Arbeiten stellt ein die Zöplerer der Bauart, Betrieb, Betrieb bei Wäner. **1. Ofenformerei, 1. Ofenformerei** gesucht zu sofortigen Eintritt. Wohnungen an: Eisenb. d. Gehaltsantr. u. Ausgabenschr. an die Sammler Zöplerer, G. m. b. H., Pannier, Reiterstr. 70A, erbeten. **Selbständige Ofenformer** werden sofort gesucht. **Paul und Heinrich Götsch, Ofenfabrik, Zeitz.**

Wärener selbständige Ofenformer für Wohnmaschinen, transportable Öfen und alle normierten Arbeiten stellt ein die Zöplerer der Bauart, Betrieb, Betrieb bei Wäner. **1. Ofenformerei, 1. Ofenformerei** gesucht zu sofortigen Eintritt. Wohnungen an: Eisenb. d. Gehaltsantr. u. Ausgabenschr. an die Sammler Zöplerer, G. m. b. H., Pannier, Reiterstr. 70A, erbeten. **Selbständige Ofenformer** werden sofort gesucht. **Paul und Heinrich Götsch, Ofenfabrik, Zeitz.**

Wärener selbständige Ofenformer für Wohnmaschinen, transportable Öfen und alle normierten Arbeiten stellt ein die Zöplerer der Bauart, Betrieb, Betrieb bei Wäner. **1. Ofenformerei, 1. Ofenformerei** gesucht zu sofortigen Eintritt. Wohnungen an: Eisenb. d. Gehaltsantr. u. Ausgabenschr. an die Sammler Zöplerer, G. m. b. H., Pannier, Reiterstr. 70A, erbeten. **Selbständige Ofenformer** werden sofort gesucht. **Paul und Heinrich Götsch, Ofenfabrik, Zeitz.**

Wärener selbständige Ofenformer für Wohnmaschinen, transportable Öfen und alle normierten Arbeiten stellt ein die Zöplerer der Bauart, Betrieb, Betrieb bei Wäner. **1. Ofenformerei, 1. Ofenformerei** gesucht zu sofortigen Eintritt. Wohnungen an: Eisenb. d. Gehaltsantr. u. Ausgabenschr. an die Sammler Zöplerer, G. m. b. H., Pannier, Reiterstr. 70A, erbeten. **Selbständige Ofenformer** werden sofort gesucht. **Paul und Heinrich Götsch, Ofenfabrik, Zeitz.**

Wärener selbständige Ofenformer für Wohnmaschinen, transportable Öfen und alle normierten Arbeiten stellt ein die Zöplerer der Bauart, Betrieb, Betrieb bei Wäner. **1. Ofenformerei, 1. Ofenformerei** gesucht zu sofortigen Eintritt. Wohnungen an: Eisenb. d. Gehaltsantr. u. Ausgabenschr. an die Sammler Zöplerer, G. m. b. H., Pannier, Reiterstr. 70A, erbeten. **Selbständige Ofenformer** werden sofort gesucht. **Paul und Heinrich Götsch, Ofenfabrik, Zeitz.**

Allgemeine Rundschau.

Baustoffpreise. Darüber berichtet die „Bau-Rundschau“ in ihrer Nr. 19: „Es lösten sich Hamburg 1000 Normziegel frei Baustelle 75 M., für Mörtel ab Werk 56 M., 69 M., für Bremen 65 M., für Mörtel ab Werk 56 M.; Mörter frei Baustelle für Hamburg 150 M., für Bremen ab Lager 128 M., für Mörtel ab Werk 56 M., für Mörtel ab Lager 128 M.; Dachziegel: für 1000 Stück Niederschlagsziegel für Hamburg 128 M. frei Baustelle, für Mörtel ab Lager 80 M., für Mörtel ab Werk 75 M., für Bremen frei Baustelle 100 M., für Mörtel ab Lager 128 M., für Bremen frei Baustelle 160 M., für Mörtel ab Lager 128 M.; Falzziegel für Hamburg 250 M., für Mörtel ab Lager 180 M., für Mörtel ab Werk 165 M., für Bremen frei Baustelle 200 M.; Porzellan-Fliesen für Bremen ab Lager je Sad 2,85 M., für Hamburg 5,10 M., für Mörtel ab Lager 3,25 M., für Mörtel ab Werk 2,25 M.; Fensterglas III. Wahl je Quadratmeter für Bremen frei Baustelle 7,90 M., für Hamburg 6 M., für Mörtel ab Lager 7,90 M.; Fensterglas I. Wahl für Bremen 6,80 M., für Hamburg 5,90 M., für Mörtel ab Lager 6,70 M., für Mörtel ab Werk 1,70 M.“ Die Aufrechnung dürfte den Nachweis erbringen, daß die Preise in ihrer Verhältnismäßigkeit auf eine harte Preispolitik hindeuten. Nicht man dazu als Beispiel, daß im Jahre 1913 1000 Mauersteine ab Werk 17,50, Mörter 22 M. gekostet haben, es ergibt sich — gemessen am Meistbietenden, auf den sich ja die Unternehmer mit Vorliebe berufen, wenn es sich um so hohe Höhen an handelt — eine starke, ungeschwächte Preiserhöhung. Nebenfalls beweisen die allerdings schwer abschätzbaren — Zahlen der „Bau-Rund-

schau“, daß die Verteuerer des Bauens woanders als im Arbeiterlager stehen. Im Anschluß daran finden wir in der „Bauwelt“ Nr. 42 eine Notiz, in der gesagt wird, Mathenower Sandstrichsteine kosteten vor dem Kriege 40 bis 45 M. das Laufend frei Ufer Berlin. Heute werden nach diesem Unternehmerviertel für dieselben Steine frei Wagon Berlin 138, frei Ufer Berlin 126 M. verlangt. Wenn auch 1914 für 1000 Steine nur 6 M. Transportkosten erforderlich waren, während heute 12 bis 16 M. dafür verlangt werden, so bedeutet doch diese Preisverhöhung rund das Dreifache der Vorkriegszeit! Wo ist in Deutschland der Arbeiter, der heute den dreifachen Lohn der Vorkriegszeit erhält? — Nunmehr greift allerdings das Reichsarbeitsamt ein, um die größten Auswüchse auf dem Gebiete des Baustoffwanders zu beschneiden. Aber ob's helfen mag?

Die Unrichtigkeit des amtlichen Lebenshaltungsindezes. Erst im Frühjahr gelang es, an dem amtlichen Lebenshaltungsindezes gewisse Korrekturen vorzunehmen. Wie noch in Erinnerung steht, wurden die Verbesserungen dadurch erzielt, daß im Gegenzug zur früheren Berechnungsmethode die Lebensgewohnheiten der Arbeiter in bezug auf ihre Ausgaben — Mengen, Qualitäten der Ernährung und anderer Bedarfsbefriedigung — besser berücksichtigt und den veränderten Verhältnissen angepaßt wurden. Als der Index auf dieser Grundlage zum ersten Male berechnet wurde, zeigte sich sofort eine Erhöhung um 10 % gegenüber dem alten Index. Der gegenwärtige Lebenshaltungsindezes, der die inzwischen gestiegene Teuerung berücksichtigt, wird auf 145 (1913 = 100) berechnet. Man kann trotzdem nicht sagen, daß dieser Lebenshaltungsindezes richtig wäre und die Lebenshaltungskosten nur 45 % über der Vorkriegeshöhe ständen. Jeder Arbeiter empfindet trotz des Index, daß dem nicht so ist. Auch der Auslandler, der hier lebt, wird angesichts der Lebensverhältnisse nicht glauben, daß Deutschland das billigste Land der Erde sei, wie es nach diesem Index scheinen könnte. Das „Magazin der Wirtschaft“ (Nr. 35) macht auf eine wichtige Fehlerquelle des Index aufmerksam, die bisher nicht berücksichtigt wurde. Beim Index handelt es sich um einen Vergleich der Vorkriegspreise mit den gegenwärtigen. Nun wird aber gezeigt, daß die vom Statistikamt zum Grundwert genommenen Vorkriegspreise viel höher sind, als sie vor dem Kriege in Wirklichkeit waren. So übersteigen die amtlichen Vorkriegspreise die wirklichen, wie sich aus den Preisen der Konsumvereinstellen und aus Warenhausangeboten vom Jahre 1913 ermitteln läßt, bei Brot um 27 %, bei Erbsen um 42 %, Speiseöfen um 56 %, Milchfleisch um 21 %, Kartoffeln um 81,5 %, Butter um 19 % usw. Während man also bei der Berechnung des Lebenshaltungsindezes die heutigen Preise in der Regel so niedrig ansetzt, daß die Waren darüber nicht bezahlt werden können, nimmt man Vorkriegspreise zur Grundlage, die viel höher sind als die wirklichen. Auf diese Weise war es dann möglich, einen Index herzustellen, der die Erhöhung der Lebenshaltungskosten im Vergleich zur Vorkriegszeit viel geringer erscheinen läßt, als dies in Wirklichkeit der Fall ist. Man mag der Auffassung der erwähnten Zeitschrift auch in dem Punkte beipflichten, daß die richtige Bestimmung des Lebenshaltungsindezes nicht nur lediglich theoretische Interesse hat, sondern auch praktisch von erheblicher Wichtigkeit ist. Deshalb wäre es endlich an der Zeit, einen Lebenshaltungsindezes zu schaffen, der ein and drei ist. Heute dient dieser „Index“ nur dazu, die Arbeiterkraft in ihrem vollen vollen berechneten Lohn zu halten, um deren Profile zu fördern.

Ein Verständnis. In die „Schwäbische Tageszeitung“, das Organ des deutschen Nationalen Bauernbundes in Württemberg, haben sich bei einem Bericht über einen abgehaltenen Bauernrat folgende Sätze eingeschrieben: „Gutes ist es wohl, daß in der Bauernschaft nicht so auffallend, wie man es noch nicht wohl sonderlich bedeutungsvoll erscheinen mag. Das ist nach meinem Dafürhalten die Stärkung der Dankschuld. Man hat meines Erachtens in den letzten Jahrzehnten viel zu wenig Sorgfalt und viel zu wenig Aufmerksamkeit dem in der Landwirtschaft arbeitenden Menschen gewidmet. Die Landwirtschaft glaubte ihrer Pflicht damit Genüge zu tun, daß sie über Tierzucht, Pflanzenzucht, Düngung usw. umfangreiche und kostspielige Forschungen anstellte. Den in der Landwirtschaft arbeitenden Menschen aber ließ man „seitwärts“ liegen. Das ist ein Fehler, der von Einsichtigen auch zugegeben wird.“ Überall das gleiche: Täglich können wir erleben, daß man die erdenklichsten Forschungen, Aufstellungen und Untersuchungen anstellt; um den Arbeiterstand aber geht man herum, als wenn er gar nicht da wäre. Nur die Bescheidenen schämen sich als „die Wirtschaft“, ein Proleten läßt man „seitwärts liegen.“ Das offene Verständnis des Mannes ist übrigens eine gute Illustration für den Landarbeitervangel, den man natürlich nicht „beheben“ will durch Schaffung besserer Zustände, sondern durch Import ausländischer Rohndrücker.

Der Bund der freien Schulgeschlossenen Deutschlands beauftragte seine diesjährige Hauptversammlung am 17. und 18. Oktober in Dortmund. Die Teilnahme an dieser Tagung war eine besonders zahlreiche. Ihr kam auch anlässlich der gegenwärtigen Schul- und Kulturkämpfe ganz besondere Bedeutung zu. Der Bund der freien Schulgeschlossenen Deutschlands als die Organisation aller ausstehenden Eltern, deren Zielsetzung die weltliche Schule und durch sie die Weiterbildung des Schülers am weitesten ist, muß ja an den sich abspielenden Kämpfen außerordentlich interessiert sein. Zu der Zeit kam dieses Interesse in allen Art und Ausprägung wie auch in den Entscheidungen zum Ausdruck. Die Tagung hörte Vorträge von Dr. Adler, Wien, über „Erziehung und Sozialwissenschaft“, von Stadtschulrat Dr. Löwenstein, Neuwied, über „Schulpflicht im Geiste der veränderten Verhältnisse“, Dr. Reuber sprach auch abends in öffentlicher Versammlung über das neue Reichsschulgesetz, wobei die Teilnehmer einstimmig eine Entschuldigungsverordnung in der dieses Gesetz als ein Gesetz gegen die soziale Einheitschule und als verfassungswidrig verurteilt wurde; die freie weltliche Schule wurde als der einzig richtige Weg zu wahrer

Stuktur erklärt. Wie begriffen das Ergebnis der Tagung als einen kräftigen Widerstand freigeistiger Kreise gegen die Bestrebungen, die Schule in den Dienst schwarzer Reaktion zu stellen.

4-Wochen-Politik. hält die Privat-Politik für die von G. Hofmann zu Wattenstein in Weisheit. Die Teilnahme daran erfordert ein Honorar von 60 M., für 4 Wochen den Lebensunterhalt, ferner sind 16 M. nötig zur Beschaffung des Lehrmaterials. Je ein Kursus findet im Januar und Februar statt. Die Anmeldung kann mündlich oder schriftlich geschehen.

Gegen den „Scheingewinnsumme“ der mexikanischen Regierungsmänner hatte Flores Magón im „Sindikatist“ geschrieben. Dagegen zieht nun Exequiel Salcedo von der „Confederacion Regional Obrero Mexicana“ in einem umfangreichen Brief zu Felde und widerlegt Punkt für Punkt alle gegnerischen Behauptungen Magóns. Salcedo legt unteres Gewicht dem „Sindikatist“ eine ihm nicht zunehmende Bedeutung bei. Um den „Sindikatist“ sind gruppiert ein Häuflein Anzweifler und Querulanten, die noch nie irgendwelchen Einfluß auf die deutsche Arbeiterbewegung hatten. Deshalb sollte auf das in dieser Sendeliste zurechtgebraute Gemüße gar kein Gewicht gelegt werden. Das wäre die beste Antwort auf solch unteren Ausschlag der Offenheit des Scheingewinns.

Mittel gegen Gift und Heuma? Man möge unsere von solchen Leiden befallenen Kollegen gern helfen oder einen Fingerzeig geben, wie sie sich selbst helfen können. Herr G. Höric, Leipzig 30, Hauptmannstraße 7, teilt uns mit, er kenne keine Leiden schon in 3 bis 4 Wochen ohne jede Berufsförderung heilen, er sei bereit, zu diesem Zweck den sich darum Bemühenden eine Kuranweisung kostenfrei zu überreichen; nötig sei nur die Angabe von Ort, Alter und bisheriger Behandlung des Leidenden. Wir bitten die Volksgenossen, doch uns selbst vorläufig der Glaube. Immerhin drängt sich der Gedanke auf, daß es so etwas geben könnte. Wer dazu Lust hat, versuche es. Der zuerst erforderliche Kontaktpunkt ist ja nur ein Brief. Danach kann dann jeder „würdigen und loslassen“. Natürlich übernehmen wir für den Erfolg keinerlei Garantie.

Bücher und Schriften.

Die Gewerkschaften nach dem Kriege. Von Richard Seidel. Verlag J. F. Neumann, Neudamm, Berlin SW. 68. Preis 30 Pfennig. Nach dem Kriege 1918 erwachten auch sie in diesem Buch und läßt dabei sein lange erwarntes Werk zu einem Buch Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung werden. Die Geschichte der Gewerkschaften seit 1918 darstellt. Wenn es sich hier auch nicht um eine historische Darstellung im streng wissenschaftlichen Sinne handelt, so wird doch in reichem Maße auf die Ereignisse seit 1918 Bezug genommen. Besonders wertvoll ist die Darstellung der Gewerkschaften in den verschiedenen geographischen Bezirken. Wohl ein der bedeutendsten Probleme der Vorkriegszeit ist für die Gewerkschaften der Kampf um eine lebendige Wirtschaftspolitik. Dem Autor ist die Gewerkschaftspolitik auch die Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte gewidmet. So zeigt der Autor die Bedeutung der Gewerkschaften in der Wirtschaft und die Bedeutung der Gewerkschaften, während er der politischen Partei die Aufgabe der Gewerkschaften, während er der politischen Partei die Aufgabe zuweist, diese Veränderung in der Gewerkschaft zu bringen. Der Zeitraum vom November 1918 bis zur Gründung der Gewerkschaften im Herbst 1922 und zur Wiederkehr der letzten Währungsreform als eine sehr unruhige Epoche der gewerkschaftlichen Entwicklung mit all ihren Schwierigkeiten ist gewidmet. Selbst wenn man sich nicht für die Gewerkschaften interessiert, wird es hier ein Buch zu tun, das nicht nur Geschichtliches enthält, sondern zugleich neue Wege weist.

Grundfragen deutscher Arbeiterpolitik. Von Ernst Klettig. Verlag J. F. Neumann, Neudamm, Berlin SW. 68. Preis 30 Pfennig. Die Schrift über die neue Arbeiterpolitik ist ein Werk, das sich mit den wichtigsten Problemen der Arbeiterbewegung aktiv auseinandersetzt.

Ausland im Licht englischer Gewerkschaften. Kritische Besprechung des Berichts der englischen Gewerkschaften über die Lage der Arbeiter in England. Verlag J. F. Neumann, Neudamm, Berlin SW. 68. Preis 30 Pfennig. Die Schrift enthält eine gründliche Kritik der englischen Gewerkschaften, die sich mit der Arbeiterbewegung auseinandersetzt.

Im Abhängen des Jahresberichts. So nennt der Verlag Kultur und Politik, Leipzig, den Jahresbericht des Jahres 1924. Er enthält eine Reihe von Aufsätzen, die die Arbeiterbewegung in Deutschland behandeln. Jeder Artikel enthält außer dem Namen für Mittelungen ein markantes Bild aus dem Leben bedeutender Männer der Arbeiterbewegung. Die Artikel eignen sich sehr gut dazu, gelegentlich seiner Mitteltungen zugleich der Sache des Friedens und der Kultur zu dienen. Der Preis der Serie (6 Nummern) beträgt 30 Pfennig.

Gründeten der Technik. Unter diesem Titel ist im Verlag Dietz & Co. in Stuttgart ein Werk erschienen, das die Geschichte der Technik von den Anfängen bis zur Gegenwart darstellt. Das Werk ist in drei Bänden unterteilt. Der erste Band behandelt die Geschichte der Technik bis zum 18. Jahrhundert. Der zweite Band behandelt die Geschichte der Technik vom 18. bis zum 19. Jahrhundert. Der dritte Band behandelt die Geschichte der Technik vom 19. bis zum 20. Jahrhundert. Das Werk ist eine sehr wertvolle Quelle für die Geschichte der Technik. Der Preis des Werkes beträgt 240 Pfennig.

Der neue Proletariat. Handbuch des Proletariats in einem Band. Herausgegeben von der Arbeiterbewegung. Der neue Proletariat ist ein Handbuch, das die Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland darstellt. Das Werk ist in drei Bänden unterteilt. Der erste Band behandelt die Geschichte der Arbeiterbewegung bis zum 18. Jahrhundert. Der zweite Band behandelt die Geschichte der Arbeiterbewegung vom 18. bis zum 19. Jahrhundert. Der dritte Band behandelt die Geschichte der Arbeiterbewegung vom 19. bis zum 20. Jahrhundert. Das Werk ist eine sehr wertvolle Quelle für die Geschichte der Arbeiterbewegung. Der Preis des Werkes beträgt 240 Pfennig.

